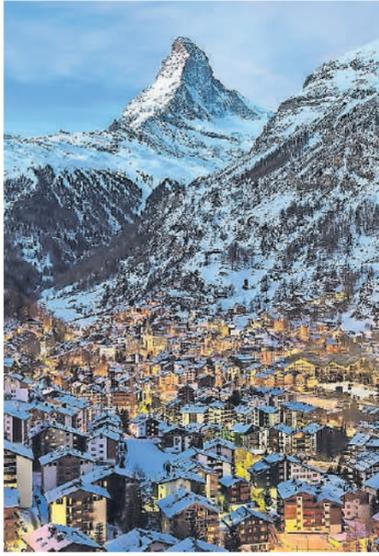


Gastkommentar von **Peter Hartmeier** zu neuen Bergbahnen am Klein Matterhorn

Liebeserklärung an ein Bergdorf



Am Anfang der Geschichte des Fremdenortes Zermatt steht der Text eines berühmten Satirikers: Mark Twain beschrieb 1881 im köstlichen Buch «A tramp abroad», wie er mit 17 Bergführern, geschützt von 154 Regenschirmen, den Riffelberg bestieg - immer das Matterhorn vor den Augen: «Ich sass in steinharder Entschlossenheit da, denn im Geiste rang ich bereits mit den Gefahren der Berge. (...) Wir werden zusammen sterben!»



Ohne Matterhorn ist die Geschichte Zermatts nicht denkbar. ISTOCKPHOTO

Ohne Matterhorn ist die Geschichte des berühmtesten Skiortes der Welt nicht denkbar: Zermatt und Matterhorn bilden für Reisende eine perfekte touristische Symbiose. Natürlich hat die Natur Zermatt mit diesem Berg über alle Massen verwöhnt. Gleichzeitig haben die Einheimischen aber während über 100 Jahren Tourismus-Geschichte mehrheitlich richtige Entscheide getroffen: Der Auto- und damit abgasfreie Kurort gilt heute als Trendsetter für eine anspruchsvolle, ökologiebewusste Klientel. Zudem verbreitet Zermatt im Gegensatz zu vielen anderen Schweizer Skiorten keine Zweitwohnungs-Friedhofsstimmung - die Tatsache, dass Zweitwohnungen die Konkurrenzfähigkeit der Tourismusorte mindern, gehört mittlerweile zum Allgemeinwissen.

Mit «Riffelalp», «Zermatterhof», «Mont Cervin», «Julen», «Monte Rosa», «Omnia», «Cœur des Alpes» und vielen anderen Häusern verströmt das Matterhorn-Dorf lebendiges Hotel-Leben statt der Düsternis von Häusern mit verschlossenen Fensterläden unbewohnter Eigentumswohnungen. Eine innovative Hotellerie mit freundlichen, gut

Peter Hartmeier ist Publizist und Berater; er ist Vorsitzender des Publizistischen Ausschusses der AZ Medien AG.

bezahlten Menschen garantiert hingegen Konkurrenzfähigkeit: Zermatt und seine Hotels sind dafür ein Beispiel. Diese Art von Berg-Tourismus ist für den Gast nicht billig und eignet sich kaum für den Wettbewerb im Massengeschäft. Umgekehrt sichert sich die einheimische Bevölkerung aber einen volkswirtschaftlichen Mehrwert.

Ebenso wichtig sind Qualität und Ausstrahlung der Gastronomie: In Zermatt verköstigen sich die Skifahrer in den zauberhaftesten Pistenrestaurants der Alpen - mit einer Küchenqualität, die auch den verwöhnten Gast verückt, der sicherheitshalber bereits am frühen Morgen im «Paradies», im «chez Vrony» oder auf den von den Engländern besonders geschätzten Terrassen der «Fluhalp» reserviert. Der spektakulärste Blick auf das Matterhorn kann aber Liebenswürdigkeit, Dienstleistungsbereitschaft und Sprachenkenntnisse der Angestellten nicht ersetzen - erst durch ihre Kompetenz verbreitet sich der Zauber von Zermatt. Der Gast muss deshalb willens sein, für Leistung zu zahlen!

Die neue Seilbahn der Superlative auf das Klein Matterhorn darf für Zermatt keine Einbahnfahrt in Richtung Massentourismus werden. Mit dem Lötschberg-Tunnel könnte auch Zermatt auf schnell abgefertigte Tages-Touristen setzen, was Aura und Einmaligkeit des Ortes zerstören würde. Zermatt tut deshalb gut daran, seine Preise hochzuhalten. Wer aber teuer ist, muss bereit sein, Ausserordentliches zu leisten: Mit der 52 Millionen Franken teuren Seilbahn auf das 3883 Meter hohe Klein Matterhorn positioniert sich Zer-

matt weiterhin als der mit Abstand innovativste Berg- und Skort der Schweiz - losgelöst von selbstmörderischen Preisaktionen, die weder dem schweizerischen Lohn-Niveau gerecht werden noch neue zukunftsträchtige Investitionen ermöglichen.

Deshalb eröffnet Bundesrätin Leuthard heute nicht einfach eine spektakuläre Bahn für Ski-Freaks mit Sicht auf den berühmtesten Berg der Welt: Diese Bahn bildet vielmehr eine Wegmarke, in welche Richtung sich ein erfolgreicher, global konkurrenzfähiger Schweizer Tourismus entwickeln muss, wenn er volkswirtschaftlich und ökologisch seine Zukunft sichern will.

Die Zermatter haben sich mit ihrer Erfolgsgeschichte aus schrecklicher Armut befreit; mit ihren 25 Kabinen, die an einem Zugseil von 7930 Meter Länge hängen, setzen sie einen neuen Massstab. Der Bauleiter des Projekts, Anton Lauber, feiert heute zusammen mit den Arbeitern einen ausserordentlichen Tag: Ohne grosse Unfälle, in eisiger Kälte und bisweilen intensivem Schneefall vollbrachten sie eine Meisterleistung: «Die extremen Witterungsverhältnisse mit Windgeschwindigkeiten bis zu 240 Stundenkilometern waren eine Herausforderung - ebenso die internationale Zusammenarbeit: Alle Baugesuche mussten wir sowohl in Italien wie in der Schweiz einreichen. Aber wir haben es geschafft!» Pünktlich auf die nächste Skisaison - eine Wintersaison, in der dank dem «Matterhorn Glacier Ride» Menschen aus aller Welt einen neuen Blick auf das ewig alte Matterhorn werfen werden.

mensch & medien

Zum Abschied ein Geschenk der Ministerin

VON CHRISTIAN MENSCH

Der Vorgänger von Doris Leuthard als Medienminister war ein medialer Griesgram. Moritz Leuenberger (SP) haderte mit den Journalisten, die von ihm in kurzen Sätzen wissen wollten, was er auch in langen Sätzen nicht auf den Punkt brachte.

Ihr Vorgänger als Medienminister war eine mediale Naturerscheinung. Adolf Ogi (SVP) schwadronierte vor der Kamera, dass es einem warm ums Herz werden konnte, ohne wirklich zu verstehen, was er mit seinen blühenden Sprachbildern eigentlich hatte sagen wollen.

Doris Leuthard (CVP) selbst hat als Medienministerin die Geister gespalten. Wo Leuenberger den Schnauz hängen liess, lächelt sie entwaffnend. Wo Ogi ausuferte, hat sie klare Ansagen gemacht.

Bei den privaten Medien fanden ihre Aussagen wenig Beifall. Dass sie ihnen fehlende Innovationsfreudigkeit vorgeworfen hat, löste verständlicherweise kein Freude aus. Sie hinterlässt zudem den Entwurf eines Mediengesetzes, das die Verleger als viel zu SRG-freundlich kritisieren. Dabei wird die Geschichte dereinst lehren: Es wird Leuthard gewesen sein, die als Medienministerin den politischen Boden bereitet hat, dass die Schweiz mittelfristig zu einer breiten staatlichen Förderung aller Medien übergeht.

Als Vorgeschmack hat Leuthard den Verlegern vor einigen Tagen ein hübsch verschlauftes Paket vor die Tür gestellt. Mit ihrem Rücktritt, also auf 2019, darf es ausgepackt werden: Es enthält 13,5 Millionen Franken an zusätzlichen Subventionen für die privaten Radio- und TV-Stationen mit Konzession. Geld, das ohne jede Bedingung verteilt wird. Kein Journalist muss neu angestellt, keine Programmidee frisch realisiert werden. Wenn dies kein versöhnliches Abschiedsgeschenk ist.

christian.mensch@schweizamwochenende.ch

Gastkommentar von **Silvio Borner**

Die Schweiz driftet in eine politische Krise

Auch ich Sorge mich um meine Enkel, aber nicht wegen des Klimas als vielmehr des Politikversagens mit drei Negativtrends.

1. Symptome der Krise

Der erste ist die Ablösung der Konkordanz durch die Polarisierung im politischen System und das damit verbundene Abdriften der Mitte nach links. Mit dem Paket Unternehmenssteuer-Reform und AHV-Nicht-Reform hat die SP kürzlich klar gewonnen. Gleiches gilt für das EU-Rahmenabkommen oder die Lohnpolizei. Dieses Linkskippen gilt vor allem für die immer mächtiger werdende Verwaltung. Das zweite Phänomen bezeichne ich als Wohlstands-Schizophrenie. Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und wollen der Welt ein Vorbild sein. Also verrennen wir uns in teure Alleingänge in der Klima- und Energiepolitik. Gleichzeitig lassen wir hausgemachte Probleme im Gesundheitswesen oder der Alterssicherung in eine Umverteilung zulasten der Jüngeren hineinschlittern. Markt- und Technologiefeindlichkeit erfassen breiteste Kreise. Wir beschwören Innovationen, aber betreiben Strukturhaltung. Verzicht oder Suffizienz treten an die Stelle von Fortschritt und Effizienz. Aber wehe, wenn der Ausbau des Sozialstaates vor dem Hintergrund der demografischen Wende gebremst oder das Rentenalter erhöht werden soll! Zur Reduktion unseres CO₂-Ausstosses um einen Zehntausendstel der globalen Emission riskieren wir unseren Wohlstand. Wir schreiben die 2000-Watt-Gesellschaft in kantonale Verfassungen, aber brauchen munter weiter 6000, wenn wir die graue Energie mitrechnen. Von den Chinesen oder Indern verlangen wir, dass sie beim Velo bleiben oder ohne Klimaanlage auskommen sollen, weil wir ja auch wieder dorthin zurückwollen; aber die Einkommen oder Renten dürfen natürlich um keinen Rappen sinken.

Drittens nimmt das staatsgläubige Mainstream-Denken überhand und bewegt sich weg von der Selbstverantwortung und hin zur staatlichen Umerziehung in immer mehr Lebensbereichen. Die Gleichung bürgerlich = liberal gilt nicht mehr. Immer wenn es um die höhere Moral bei sozialer Solidarität, der Demokratisierung der Wirtschaft, ökologischer Nachhaltigkeit und Ausweitung der Staatsaufgaben geht, kippen grosse Teile des bürgerlichen Lagers in anti-liberale Denk- und Handlungsmuster. Die Triebkräfte dafür sind Fehlentwicklungen innerhalb der Ökonomie selber sowie neue Ideologien.

2. Fehlentwicklungen in der ökonomischen Theorie

Der klassische Liberalismus von Adam Smith bis Hayek zeigt auf, welche Institutionen wie Privateigentum, Handels- und Vertragsfreiheit sowie offene Märkte gesamtgesellschaftlich Effizienz und Fortschritt bewirken. Und zwar selbst bei unvollkommenem Wissen, begrenzter Rationalität und dominanten Eigeninteressen. Demgegenüber beruht die neo-klassische Theorie auf den Annahmen von vollständigem Wissen und vollkommene Konkurrenz. Das ist wissenschaftlich legitim, verleitet aber wirtschaftspolitisch zu Korrekturen von «Marktversagen». Heutige Studierende können jederzeit ein Dutzend Marktversagen aufsagen, aber haben keine Ahnung von «wirksamem Wettbewerb».

Die zweite Fehlentwicklung ist die Verhaltensökonomie (Behavioral Economics), die in künstlichen Labor-Experimenten aufdeckt, wie fehleranfällig wir alle sind. Auch das ist wissenschaftlich legitim; aber wirtschaftspolitisch verheerend, weil es die Politik dazu aufruft, in unserem eigenen Interesse in unsere Entscheidungen einzugreifen. Ihre Promotoren nennen das euphemistisch «liberalen Paternalismus».



Silvio Borner ist emeritierter Professor für Volkswirtschaft der Universität Basel und im Vorstand des Carnot-Cournot-Netzwerkes.

«Der Test für eine liberale Ordnung ist nicht die Moral, sondern robuste Institutionen.»

3. Die neuen Ideologien

Der marxistische Sozialismus ist passé, aber durch einen «Sozialdemokratismus» ersetzt worden. Dieser will durch radikale Umverteilung und erzwingbare Rechtsansprüche die «soziale Gerechtigkeit» verwirklichen. Der Kommunitarismus will die Wirtschaft demokratisieren und so das Marktverhalten durch Solidarität und Diskurs ersetzen. Wir sollen so lange und so uneigennützig debattieren, bis wir einvernehmlich eine sozialverträgliche Lösung gefunden haben. Produkte müssen «fair» sein, Löhne «nicht-diskriminierend» und Esswaren «nachhaltig». Der sich am menschengemachten Weltuntergang orientierende Ökologismus predigt Nachhaltigkeit und Selbstbeschränkung. Der Klimawandel ist zum religiösen Ersatz für die Hölle verkommen. Konzepte wie der ökologische Fussabdruck sind Heilsbotschaften geworden. Der Ruf nach staatlicher Intervention ist allgegenwärtig. Übersehen wird dabei, dass in aller Regel das Staatsversagen - sei es Politikversagen in der Entscheidungsfindung oder in der Umsetzung - viel schwerwiegendere Konsequenzen haben wird.

4. Schlussfolgerungen

Wir setzen damit die persönliche Freiheit wie die freiwillige Solidarität aufs Spiel. Dafür verantwortlich sind die neuen Ersatzreligionen, die den moralischen Anspruch erheben, die Welt oder uns Menschen zu verbessern oder gar zu retten. Der Test für eine liberale Ordnung ist nicht die Moral, sondern robuste Institutionen. Diese garantieren Wohlstand und Fortschritt auch ohne Gutmenschen, ohne perfekte Rationalität und ohne vollkommene Konkurrenz. Die Orientierung an Eigeninteressen ist negativ für die Gesellschaft in einem Feudalsystem, aber positiv in einer Marktwirtschaft. Fehlendes Wissen ruiniert die zentrale Planwirtschaft, aber belebt die Marktwirtschaft.

Echo

«Schulen sehen sich mit Mehrarbeit wegen Rekursen von Eltern konfrontiert. Lehrerpräsident Beat Zemp hat deshalb Anlaufstellen in den Kantonen gefordert, an die sich Eltern im Streit mit der Schule wenden können. Es brauche in den Kantonen unabhängige Ombudsstellen für Eltern, wenn diese sich ungerecht behandelt fühlen, sagte Zemp in einem Interview der «Schweiz am Wochenende.»

«Ostschweiz am Sonntag»

«Die Grabenkämpfe im Bundesratsszimmer gehen über die Europa-Politik hinaus. Sommarugas Vergleich von Cassis mit Trump zeigt: Die Auseinandersetzung wird persönlich. Wie bereits im Fall von Johann Schneider-Ammann. Die «Schweiz am Wochenende» berichtete, der Berner sei bei Sitzungen des Bundesrats eingeknickt.»

«Sonntagsblick»